

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/011

Chronik vom 4. November 1957 bis zum 16. November 1958

04.11.1957

DDR: Die zuständigen SED-Behörden beschließen am 4. November 1957, durch verstärkte Agitation und administrativen Druck alle Jugendlichen für die Jugendweihe zu gewinnen.

16.11.1957

DDR: Die Demarkationslinie wird seit dem 16. November 1957 amtlich als "Staatsgrenze West" bezeichnet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Demarkationslinie" (x009/90-92): >>>Die Trennung zwischen der SBZ und der Bundesrepublik verläuft von der Lübecker Bucht nach Süden bis an die Elbe, schließt Mecklenburg, die ehemalige preußische Provinz Sachsen sowie Thüringen ein und trifft ostwärts von Hof auf die tschechoslowakische Grenze.

Diese Linie ist keine Grenze, sondern eine Demarkationslinie. ... Die Demarkationslinie ist 1.381 km lang. Seit 1952 befindet sich außer Wachttürmen und elektrisch geladenem Stacheldraht auf der sowjetzonalen Seite der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Auch die derzeitige Grenzlinie zwischen der SBZ und Polen (Oder-Neiße-Linie) ist nach dem Potsdamer Abkommen nur eine Demarkationslinie, nicht aber eine Staatsgrenze.

Auf der Demarkationslinie duldet die Regierung der SBZ nur wenige Übergänge (Kontrollpunkte), die nicht als Grenzübergänge bezeichnet werden dürfen. Es sind die folgenden Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie (auf der Seite der Bundesrepublik):

1. Lübeck-Schlutup (Straße),
2. Lübeck (Bahn),
3. Büchen, südlich von Lübeck (Bahn),
4. Lauenburg/Elbe in Holstein (Straße),
5. Hohnstorf, Bezirk Lüneburg (Elbe),
6. Schnackenburg, Bezirk Lüneburg (Elbe),
7. Rühren, nordwestlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Mittellandkanal),
8. Vorsfelde, östlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Bahn),
9. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Autobahn),
10. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Bahn),

11. Walkenried, südlich von Goslar, Bezirk Braunschweig (Bahn),
12. Herleshausen/Werra, Bezirk Kassel (Autobahn),
13. Hönebach, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
14. Widdershausen, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
15. Philippstal, südöstlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
16. Ludwigstadt, Bezirk Oberfranken (Bahn),
17. Töpen, Bezirk Oberfranken (Autobahn),
18. Hof, Bezirk Oberfranken (Bahn). ...<<

28.11.1957

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 28. November 1957 in einer Rede vor dem polnischen Zentralen Parteiaktiv (x125/132-133): >>... Der Staat und die Partei werden immer die Unantastbarkeit und Souveränität Polens schützen, eine Politik der Einheit Polens mit den sozialistischen Ländern führen, eine Politik der Verstärkung der Verbundenheit zwischen den Staaten des sozialistischen Lagers.

Mit einer solchen Propaganda, die die Interessen Polens verletzt, sind die Politiker und Presseorgane der Bundesrepublik Deutschland hervorgetreten, als sie die Frage diplomatischer Beziehungen zu Polen berührt haben.

Sie gingen oder gehen noch weiter von der Voraussetzung aus, daß solche Beziehungen für die deutsche Bundesrepublik nur insoweit von Vorteil sein könnten, wie sie dazu beitragen würden, die Bande zu lockern, die Polen mit dem Block der sozialistischen Staaten und besonders mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion verbinden.

Darauf beruht der wirkliche Sinn ihres Geschwätzes über ein "freies Polen" mit dem – nach dieser Propaganda – die deutsche Bundesrepublik ohne Schwierigkeiten alle Streitfragen lösen könnte.

Es ist nicht ganz klar, was bei solcher Propaganda bemerkenswerter ist – ob die naive Rechnung auf den Mangel am politischen Verstand der Polen oder einfach die Unverschämtheit.

Wie ein solches "freies Polen" in der Isolierung und der Unterstützung durch deutsche und andere Militaristen aussehen würde – darüber braucht man wohl kaum zu sprechen, wir wissen das aus der Praxis des letzten Weltkrieges.

Wir sind der Ansicht, daß sowohl für das polnische Volk wie auch für das ganze deutsche Volk die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der deutschen Bundesrepublik nur dann von Nutzen ist, wenn diese Beziehungen den Interessen des Friedens dienen und zur Entspannung der Situation in Europa und der Welt beitragen.<<

11.12.1957

DDR: Gemäß Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 wird der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der DDR" gesetzlich festgelegt.

Durch das Gesetz zur Abänderung des Paßgesetzes vom 11. Dezember 1957 verbietet die Volkskammer das Verlassen der DDR ohne Erlaubnis (auch die Reise in das Bundesgebiet und nach West-Berlin).

Das Paßänderungsgesetz sieht für "Republikflucht" Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren vor.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Paßwesen" in der SBZ (x009/322-323): >>... Für jeden Grenzübertritt von oder nach dem Ausland wird ein Paß mit eingetragendem Visum benötigt. (Das gilt nicht für den innerdeutschen Reiseverkehr, Interzonenverkehr).

Bewohner der SBZ erhalten einen Paß stets nur für eine bestimmte Reise gegen Abgabe des Personalausweises. Nach Rückkehr muß der Paß binnen 3 Tagen nach dem Grenzübertritt bei dem für den Wohnsitz zuständigen Volkspolizeikreisamt wieder abgegeben werden.

Wer ohne die erforderliche Genehmigung das Gebiet der SBZ verläßt oder betritt oder wer die

ihm vorgeschriebenen Reiseziele, Reisewege oder Reisefristen nicht einhält oder für sich oder einen anderen durch Angaben eine Reise genehmigung erschleicht, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft. Auch Vorbereitung und Versuch sind strafbar.

Seit dem Erlass des Paßänderungsgesetzes vom 11.12.1957 gelten diese Strafbestimmungen auch im innerdeutschen Reiseverkehr. Sie haben hier und bei der Bestrafung der Republikflucht erst besondere Bedeutung erlangt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Interzonenverkehr" (x009/192-193): >>a) Personenverkehr. Nach der Kapitulation mußten laut Beschluß des Kontrollrats alle Personen, die aus einer Besatzungszone in eine andere reisen wollten, einen durch die Besatzungsmacht ausgestellten Interzonenpaß besitzen.

Während mit der Vereinigung der westlichen Besatzungszonen der Interzonenpaß dort wegfiel, wurde der Interzonenverkehr mit der SBZ, vornehmlich seit der Währungsreform und der Berliner Blockade erheblich erschwert.

Besucher aus der Bundesrepublik benötigten zusätzlich eine Aufenthaltsgenehmigung der sowjetzonalen Behörden, die von den in der SBZ wohnenden Angehörigen oder Freunden beantragt werden muß. Auch Reisende zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik benötigten auf Grund von Viermächteabmachungen in beiden Richtungen einen Interzonenpaß.

Bis zum Juni 1953 wurden in der SBZ Interzonenpässe nur in Ausnahmefällen ausgegeben. Seit der Verkündung des "Neuen Kurses" entfaltete sich der reguläre Interzonenverkehr zu beträchtlichem Ausmaß.

Der Interzonenpaßzwang wurde durch die Westmächte am 16.11.1953 aufgehoben. Die SBZ schloß sich diesem Schritt an mit der Einschränkung, daß bei Einreisen in die SBZ weiterhin eine Aufenthaltsgenehmigung erforderlich war, während Ausreisende für die Dauer ihrer Reise ihren Personalausweis gegen eine polizeiliche Personalbescheinigung umtauschen mußten..

...

In den Jahren 1954 bis 1957 blieb ein beträchtlicher und von Jahr zu Jahr zunehmender Teil der im Interzonenverkehr Eingereisten in der Bundesrepublik ...

Im Sommer 1957 steigerte die SED ihre Bemühungen, den Reiseverkehr in die Bundesrepublik einzudämmen, bis zu direkten Verboten von Westreisen für bestimmte Personengruppen (Studenten, Oberschüler, Angehörige von Staatsjugendorganisationen usw.). Ende 1957 wurde diese Maßnahme noch verschärft.

Bis dahin waren nur Auslandsreisen ohne Genehmigung strafbar, ... wenn die Antragsteller Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland hatten, die ohne polizeiliche Abmeldung die Zone verlassen hatten, wurde die Ausreisegenehmigung versagt. Außerdem mußten Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Betriebe, in denen die Antragsteller tätig waren, vorgelegt werden. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen der Bürgermeister und ein weiterer Bewohner die Bürgschaft für die rechtzeitige Rückkehr des Antragstellers in die DDR übernehmen mußten. ...

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ist an sich im Potsdamer Abkommen geregelt. Nur die Interzonenzüge, die zugelassenen Autobahnen und die kontrollierten Luftkorridore dürfen benutzt werden. Im allgemeinen wickelte sich der Verkehr ohne Reibungen ab, doch kamen immer wieder Behinderungen und Schikanen durch die sowjetzonalen Organe an den Grenzübergangsstellen vor.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Republikflucht" (x009/368-369): >>... "Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der DDR verläßt, ... wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Vorbereitung und Versuch sind strafbar."

Mit dieser gesetzlichen Neuregelung wurde das in der Verfassung garantierte Grundrecht der Freizügigkeit und das Recht auf Auswanderung endgültig beseitigt. Im Gegensatz zum bishe-

rigen Zustand kann jetzt schon jede tatsächliche oder vermeintliche Vorbereitungshandlung zum Verlassen der SBZ wie das vollendete Delikt der Republikflucht mit Gefängnis bis zu 3 Jahren geahndet werden.

Der "Republikflüchtling" verliert praktisch sein in der SBZ zurückgelassenes Vermögen. Personen, die Bürger der "DDR" zum Verlassen der Zone bewegen, werden wegen Abwerbung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rückkehrer" in die SBZ (x009/372-373): >>Von den zahlreichen Flüchtlingen kehren manche nach einiger Zeit aus familiären oder aus wirtschaftlichen Gründen in die SBZ zurück.

Auch abenteuerlustige Jugendliche und asoziale Menschen, die häufig zwischen Ost und West hin- und herwandern, sind darunter.

Die Zahl der Rückkehrer kann nicht genau ermittelt werden, da viele ohne behördliche Abmeldung das Bundesgebiet verlassen. ... Amtliche Stellen in der Bundesrepublik schätzen, daß von 100 Flüchtlingen höchstens 10 in die SBZ zurückkehren. Viele der Rückkehrer flüchten später erneut nach dem Westen, vielfach schon bald nach der Rückkehr wegen der eingehenden politischen Durchleuchtung. Der Staatssicherheitsdienst bemüht sich, die unter einem gewissen Druck wegen der früheren Republikflucht stehenden Rückkehrer zu Spitzeldiensten zu nötigen.

Die SED hat sich stets bemüht, Flüchtlinge zur Rückkehr und Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ (Umsiedler) zu veranlassen, um die negativen Auswirkungen der Massenflucht aus der SBZ abzuschwächen und den Eindruck einer Fluchtbewegung aus der Bundesrepublik in die SBZ zu erwecken. Die Machthaber der SBZ haben deshalb schon 1953 nach Verkündung des "Neuen Kurses" den Flüchtlingen versprochen, daß ihnen bei freiwilliger Rückkehr keine Nachteile wegen ihrer Flucht erwachsen würden.

Durch das Paßänderungsgesetz vom 11.12.1957, das die Republikflucht ausdrücklich mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bedrohte, wurden diese Bemühungen gestört. Da den Flüchtling jetzt mit Sicherheit ein Strafverfahren erwartete, ging die Zahl der Rückkehrer ... merklich zurück. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Umsiedler" (x009/447): >>Ursprünglich Bezeichnung der Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten.

Umsiedler werden heute Personen genannt, die aus Westdeutschland in die SBZ übersiedeln. Während jede Verleitung zur Republikflucht in der SBZ als Staatsverbrechen bestraft wird, bemüht sich die SED, Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ zu veranlassen. Mit großem propagandistischem Aufwand soll der negative Eindruck der Massenflucht aus der SBZ verwischt und der Anschein einer Fluchtbewegung aus dem Westen in die Zone erweckt werden.

Die in der SBZ veröffentlichten Zahlen der Umsiedler entbehren ebenso wie der der Rückkehrer jede Grundlage. Soweit nicht familiäre Gründe vorliegen, handelt es sich bei der Mehrzahl der Umsiedler um gescheiterte Existenzen, die sich häufig gerichtlichen Verfahren entziehen wollen.

Mitgliedern der ehemaligen KPD, die ohne dringenden Grund in die SBZ übersiedeln wollen, wird grundsätzlich die Einreise in die SBZ verweigert. Sie sollen in der Bundesrepublik bleiben und dort die politischen Ziele der SED unterstützen.

Die Umsiedler werden zunächst in Umsiedler-Lager eingewiesen. Hier werden sie eingehend vom Staatssicherheitsdienst politisch durchleuchtet, der häufig diese Gelegenheit benutzt, solche Umsiedler, die wegen krimineller Delikte die Bundesrepublik verlassen haben, zu Spitzeldiensten zu verpflichten. Unzuverlässig erscheinende oder kriminelle Umsiedler werden manchmal wieder in die Bundesrepublik abgeschoben. ...

Nach einer Anweisung des Justizministeriums dürfen Umsiedler für Schulden aus Teilzahlungsgeschäften, die sie vor ihrer Übersiedlung im Westen abgeschlossen haben, grundsätzlich nicht in Anspruch genommen werden.

Die Zwangsvollstreckung aus westdeutschen Schuldtiteln wird grundsätzlich nicht genehmigt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gesellschaftsgefährlichkeit" in der SBZ (x009/154-155): >> Schon Fechner hatte ausgeführt, daß eine Handlung oder Unterlassung immer dann mit Strafe zu ahnden sei, wenn sie das "Element der Gesellschaftsgefährlichkeit" enthalte, daß aber eine Bestrafung trotz Erfüllung eines strafrechtlichen Tatbestandes nicht erforderlich sei, wenn dieses Element fehle.

Hilde Benjamin brachte dies noch schärfer zum Ausdruck ("Neue Justiz" 1954, S. 453 ff.) und berief sich dabei auf den "materiellen Verbrechensbegriff" in dem Art. 8 des Strafkodex der RSFSR.

Das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 führt entsprechend diesen Meinungsäußerungen führender Justizfunktionäre und nach dem sowjetischen Vorbild den materiellen Verbrechensbegriff in das Strafrecht ein. Nach § 8 des Gesetzes liegt eine Straftat nicht vor, "wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entspricht, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes sowie des einzelnen Bürgers nicht gefährlich ist".

§ 9 bestimmt, daß Bestrafung unterbleibt, "wenn zur Zeit der Durchführung des Strafverfahrens die Tat nicht mehr als gesellschaftsgefährlich anzusehen ist, oder wenn nach der Tat im gesamten Verhalten des Täters eine grundlegende Wandlung eingetreten ist, die erwarten läßt, daß er die sozialistische Gesetzlichkeit achten wird".

Körperverletzung gegenüber einem "Provokateur" ist "mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau und die Interessen der Werktätigen" keine strafbare Handlung (Oberstes Gericht in "Neue Justiz" 1960, S. 68).<<

25.12.1957

DDR: Anstatt der kirchlichen Taufe wird am 25. Dezember 1957 erstmalig die staatliche "Namensweihe" (auch sozialistische Namensgebung) durchgeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Namensweihe" in der SBZ (x009/301): >> Am ersten Weihnachtstag 1957 wurden in Altenburg 3 Kinder vom Beauftragten für Personenstandswesen durch einen festlichen Akt "in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen".

Nach diesem Vorbild und mit Vorschlägen für eine atheistische "Liturgie" sucht die SED die Taufe durch einen pseudosakralen Staatsakt, die Namensweihe (früher als "sozialistische Namensgebung" bezeichnet), zu verdrängen; die Eltern leisten dabei ein "sozialistisches Gelöbnis"; häufig dient ein Sparkassenbuch für das Kind als Lockmittel. Der Vollzug der Namensweihe wird in das Familienstammbuch eingetragen.<<

1957

DDR: Im Jahre 1957 fliehen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Dr. Anton Reithinger kritisiert in seinem Buch "Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand" im Jahre 1957 die Mängel des Lastenausgleichsgesetzes (x024/243-244): >> Die Gesamtziffer der Einnahmen aus dem Lastenausgleich zeigt deutlicher als Einzelbeispiele den wahren Charakter dieses Gesetzes.

Die Summe der Einnahmen aus dem Lastenausgleich betrug in den letzten Jahren 2 bis 2,5 Milliarden DM, d.h. weniger als das Aufkommen aus der Tabaksteuer oder knapp ein Viertel der aus dem Masseneinkommen gespeisten Verbrauchssteuern und Zölle ...

Das Aufkommen aus dieser "Vermögensabgabe" ist dadurch zu einer Bagatelle geworden und

muß durch jährliche Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln aufgefüllt werden, die weitgehend aus dem Einkommen der Nichtvermögensbesitzer stammen. Die Geschädigten zahlen so den Lastenausgleich unter sich aus ihrem laufenden Einkommen.

Dieser sogenannte Lastenausgleich, der den durch die Währungsreform zunächst allein geschädigten Besitzern von Geld und Geldforderungen die Sachwertbesitzer gleichstellen sollte, ist damit eine reine Farce geworden. ...<<

UdSSR: Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung erklärt im Jahre 1957 während einer Moskauer Geheimkonferenz aller Kommunistische Parteien (x299/177): >>... Kann man denn voraussehen, wieviel Menschenopfer ein künftiger Krieg fordern würde?

Möglicherweise wird es ein Drittel von den 2,7 Milliarden Erdbewohnern sein, also nur 900 Millionen Menschen. ...

Falls die Hälfte der Menschheit vernichtet wird, bliebe ja noch eine Hälfte übrig, dafür aber werde der Imperialismus vollständig vernichtet, und es werde in der ganzen Welt nur den Sozialismus geben, in einem halben oder ganzen Jahrhundert aber werde die Bevölkerung wieder Zuwachs haben, sogar mehr als um die Hälfte.<<

USA: Ein Journalist aus den Südstaaten kritisiert im Jahre 1957 die Entscheidung des Obersten Bundesgerichts der Vereinigten Staaten von Amerika (aus dem Jahr 1954), im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/102): >>Dies ist ein Gesetz: Weiß und Schwarz können nicht als Gleiche in irgendeine Beziehung zueinander treten, die intim, persönlich und von Dauer ist. ...

Die Schulen der Südstaaten integrieren zu wollen, heißt eine Beziehung zu verlangen, die die sittlichen Normen des Volkes verbieten; und es heißt das Risiko einzugehen, daß in 20 oder 30 Jahren eine weitgehende rassische Vermischung und eine Entartung der Gesellschaft als Ganzes eintritt. ...<<

1958

Tätigkeit bringt vielleicht nicht immer Glück; aber es gibt auch kein Glück ohne Tätigkeit.
Benjamin Disraeli (1804-1881, englischer Politiker und Schriftsteller)

01.01.1958

Belgien: Die EWG- und Euratom-Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

22.01.1958

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärt am 22. Januar 1958 in Minsk (x299/166): >>... Es muß der Status quo (die derzeitige Grenzziehung) anerkannt werden, muß anerkannt werden, daß es in der Welt zwei Systeme von Staaten gibt – das kapitalistische und das sozialistische System -, es muß das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkannt werden, und man darf sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.<<

23.01.1958

DDR: Die SED und die Zentraleitung der Jungen Pioniere beschließen am 23. Januar 1958, eine sozialistische Massenorganisation für Kinder zu bilden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>Am 23.1.1958 beschloß diese Zentrale, die Jungen Pioniere mit Hilfe der SED "zur sozialistischen Massenorganisation der Kinder in der DDR zu entwickeln". Die Jungen Pioniere sollen die "sozialistische Schule" unterstützen, die Jugendweihe fördern, dem "sozialistischen Aufbau" dienen.

Die FDJ bleibt verantwortlich für die Jungen Pioniere und unterstützt sie, doch überwiegt der Einfluß der SED. Die Jungen Pioniere haben Gruppen der Jungpioniere (6-10 Jahre) und

Thälmann-Pioniere (10-14 Jahre).

Seit Juni 1961 werden Junge Pioniere auch zum Fallschirmsport herangezogen. In Droyßig (Kreis Zeitz) besteht seit 1958 die Zentralschule der Jungen Pioniere. Vorsitzender der Jungen Pioniere ist der Altkommunist Robert Lehmann (SED); die 40 Mitglieder der Zentralleitung sind meist Angehörige des ZK der SED und Funktionäre der FDJ. Im Mai 1961 soll die Zahl der Jungen Pioniere 1,66 Millionen betragen haben.<<

BRD: SPD und FDP beantragen am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

Januar 1958

DDR: Die SED-Führung ordnet Anfang 1958 an, daß Mannschaften der Kampfgruppen, die über 55 Jahre alt sind, nur noch an örtlichen Einsätzen teilnehmen sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/209): >>... Seit Anfang 1958 bilden die über 55 Jahre alten Mannschaften der Kampfgruppen eine Kampfgruppen-Reserve, nur für örtliche Einsätze bestimmt. –

Wie bei allen "Bewaffneten Organen der SBZ" und bei der GST findet eine sorgfältige Polit-schulung statt. Seit 1957 tragen die Kampfgruppen graue zweiteilige Uniformen nach Art der NVA. –

Der Eid der Kampfgruppen lautet:

"Ich bin bereit, als Kämpfer die Weisungen der Partei zu erfüllen, die DDR, ihre sozialisti-schen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich."

... Die politische Leitung der Kampfgruppen liegt bei der Abteilung Sicherheit des ZK der SED. - An größeren Übungen der Kampfgruppen nehmen oft Einheiten der Vopo und GST teil, ferner der Bereitschaftspolizei und der NVA. Die Kampfgruppen sind eine Miliztruppe, deren Kampfwert nicht unterschätzt werden darf. Stärke: rund 320.000, davon einsatzfähig: 150.000. ...<<

01.02.1958

DDR: Am 1. Februar 1958 tritt das Strafrechtsergänzungsgesetz in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Militärstraf-recht" in der SBZ (x009/292): >>Bis zum 31.1.1958 wurden Volkspolizisten oder Angehörige der Nationalen Volksarmee wegen aller strafbaren Handlungen einschließlich der rein militä-rischen Delikte durch die Militärstaatsanwaltschaft nach den allgemeinen strafrechtlichen Be-stimmungen angeklagt, wobei oft der Art. 6 der Verfassung (Boykotthetze) herangezogen wurde.

Mit Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes am 1.2.1958 hat die SBZ ein materielles Militärstrafrecht erhalten. Der dritte Teil dieses Gesetzes stellt "Verbrechen gegen die militä-rische Disziplin" unter Strafe.

Als Tatbestände wurden geschaffen: Fahnenflucht (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), unerlaubte Entfernung von mehr als 48 Stunden (Gefängnis bis zu 6 Monaten; bei Entfernung von mehr als 6 Tagen, Gefängnis bis zu 2 Jahren), Befehlsverweigerung (Gefängnis bis zu 5 Jahren), in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Angriff auf Vorgesetzte (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Mißbrauch der Dienstbefugnisse (Gefängnis bis zu 5 Jahren), Verletzung des Dienstgeheimnisses (Gefängnis bis zu 5 Jahren).

Für die Befehlsverweigerung gilt eine Ausnahme: "Wer einen Befehl nicht befolgt, dessen Ausführung gegen die Strafgesetze oder gegen das Völkerrecht verstoßen oder die im Arbeiter- und Bauernstaat geltende Achtung des Menschen verletzen würde, bleibt straffrei."

Eine besondere Verfahrensordnung für die Verhandlung gegen die Angehörigen der bewaffne-ten Kräfte gibt es nicht. Die Strafverfahren wegen dieser Delikte werden vor den ordentlichen

Gerichten unter Mitwirkung der Schöffen durchgeführt. Eine besondere Militärgerichtsbarkeit existiert in der DDR nicht (Schille in "Neue Justiz" 1958, S. 153 ff).<<

03.02.1958

DDR: Die Politbüro-Mitglieder Schirdewan, Wollweber und Oelßner werden am 3. Februar 1958 aus allen Parteiämtern entfernt ("Säuberungen" des ZK der SED).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>... Auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 richtete sich eine Säuberung gegen die "partei-feindliche Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere" ...

Wegen Unterstützung dieser Gruppe wurde Oelßner aus dem Politbüro ausgeschlossen, nachdem vorher Wollweber und Schirdewan aller Funktionen entbunden worden waren. Auch Selbmann wurde scharf angegriffen.

Neben den bereits genannten Funktionären sind seit der Gründung der SED aus dem Zentralsekretariat bzw. Politbüro entfernt worden: Ackermann, Beling, Buchwitz, Gniffke, Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Otto Meier, Steinhoff. Prominenteste Opfer von Säuberungen im Staatsapparat sind: Dertinger, Hamann.

Säuberungen haben auch in den übrigen SBZ-Parteien und in den Massenorganisationen wiederholt stattgefunden.<<

05.02.1958

DDR: Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehren am 5. Februar 1958 aus der UdSSR zurück.

11.02.1958

DDR: Das Bezirksgericht Leipzig verurteilt am 11. Februar 1958 mehrere Zeugen Jehovas wegen Verbreitung von "staatsgefährdender Propaganda und Hetze".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hetze" in der SBZ (x009/179-180): >>... "Staatsgefährdende Propaganda und Hetze" (ist ein) politischer Straftatbestand im Strafergänzungsgesetz vom 11.12.1957 (§ 19).

Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft, "wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, oder wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tötlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht".

Das entscheidende Merkmal "hetzt" ist bewußt allgemein gehalten und läßt eine gleich weite Auslegung wie der Begriff Boykothetze zu.

Illegale Einfuhr und Verbreitung von Schriften der Zeugen Jehovas ist Hetze im Sinne des § 19 StEG (Urteil des Bezirksamtes Leipzig vom 11.2.1958 ...). Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 StEG ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten" (... "Neue Justiz" 1958, S. 717).

Nach dem Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961 ist die Abgrenzung zwischen Hetze, Staatsverleumdung und strafloser Nörgelei in der Person des Angeklagten zu finden. Der Tatbestand der Hetze ist zu bejahen, wenn es sich bei dem Täter um einen "Feind der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung" handelt. Während Hetze in aller Regel nicht anzunehmen ist, wenn der Täter nur ein "irregeleiteter" oder "im Bewußtsein zurückgebliebener" Mensch ist.

Kritik zu den Absperrmaßnahmen des 13. August 1961 wurde in einer großen Anzahl von Prozessen als Hetze mit sehr harten Strafen geahndet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsverleumdung" in der SBZ (x009/421): >>Nach § 20 StEG wird wegen Staatsverleumdung mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft, wer,

"1. die Maßnahmen oder die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen oder gesellschaftlicher Organisationen öffentlich verleumdet oder entstellt,

2. einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation öffentlich verleumdet oder verächtlich macht.

Das Oberste Gericht hat "Öffentlichkeit" auch dann für gegeben erklärt, "wenn die verleumderische Äußerung auch nur einer Person gegenüber gemacht wird" und "wenn in einer an sich nicht als öffentliche Örtlichkeit zu bezeichnenden Umgebung, wie privatem Wohnraum, Werkstätten und dergleichen, die persönliche Atmosphäre durch den Charakter der betreffenden Äußerungen und der völlig unpersönlichen Beziehungen, in denen sich der Kundgebende und der Empfänger der Mitteilung gegenüberstehen, beseitigt ist" (Urteil in: "Neue Justiz" 1958, S. 68/69).<<

12.02.1958

DDR: Das Volksbildungsministerium ordnet am 12. Februar 1958 an, Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre" aufzuklären.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/215): >>Im Frühjahr 1958 setzten Massenpropaganda und erstmalig offene Nötigung ein.

Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums vom 12.2.1958 verlangte Maßnahmen zur Aufklärung der Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre".

Weitere Beispiele für die mit verschiedenen Mitteln durchgeführte Absicht, der Kirchenarbeit den Boden zu entziehen, sind:

Die Schließung der evangelischen Bahnhofsmissionen und die Verhaftung zahlreicher Helfer dieser Missionen unter der Anschuldigung der Sabotage und Republikfluchtbegünstigung, die Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Kirchen, die Beschränkung der kirchlichen karitativen Tätigkeit "auf den kirchlichen Raum", die Verächtlichmachung führender Geistlicher in der Öffentlichkeit, die Verweigerung jeden Kirchenbaues im neuen Industriegebiet "Schwarze Pumpe" in "Stalinstadt" usw., Schließung kirchlicher Kinderheime, Verspottung des Weihnachtstages ("Eulenspiegel" Nr. 52/57), die Einschränkung der Sammelurlaubnis und die Einführung von Ersatzriten für Taufe, Trauung und Begräbnis.<<

17.02.1958

DDR: Die SED meldet am 17. Februar 1958, daß man die sowjetischen Besatzungstruppen erheblich reduziert hat.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Seit 1955 seien, wie die Sowjetunion am 17.2.1958 behauptete, die sowjetischen Besatzungstruppen um fast 91.000 Mann verringert worden. Doch war diese Mannschaftsverminderung ohne Gewicht, da bei verbesserter Bewaffnung die Feuerkraft der sowjetischen Besatzungstruppen nicht abnahm, sondern wuchs. ...<<

18.03.1958

DDR: Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" publiziert am 18. März 1958 eine Rede des Mitglieds des SED-Politbüros, Hermann Matern, während der VII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig (x156/26): >>Die Staatsmacht in den Händen zu haben, das ist eine große Sache. ...

Wir denken nie daran, die Arbeiter- und Bauernmacht wieder aufzugeben. Bei uns lassen wir

nicht zu, daß jemand bei den Wahlen kandidiert, der den Kapitalismus wieder aufbauen will. Es geht doch um eine Macht, und die Macht ist keine Kleinigkeit, versteht ihr?

Ich kenne keinen Fall in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wo die Arbeiterklasse durch die Stimmzettel die Macht erobert hat. Diese Möglichkeit kann und wird im Laufe der Geschichte eintreten, je stärker das sozialistische Lager wird.

Aber anders ist doch die Lage jetzt angesichts der Herrschaft und der ökonomischen und politischen Macht des Monokapitals und der Reaktion in Westdeutschland, Da wären wir doch rückständige Menschen, wenn wir zulassen würden, die Macht mit dem Stimmzettel zu verlieren. Was wären wir denn für Politiker und für Arbeiterfunktionäre. Nein, das dürft ihr von uns nicht erwarten.

Ihr könnt alles erwarten, aber daß wir sagen, bitte schön, wir treten ab und der Kapitalismus kann die Macht wieder übernehmen – das kommt nicht in Frage.

Und wenn wir einmal die Macht gemeinsam erobert haben, sollten wir dann vielleicht erlauben, daß uns die Bourgeoisie und ihre Parteien mit dem Stimmzettel die Macht wieder wegnehmen könnten? Dann wären wir doch Trottel, dann müßten uns die Arbeiter zum Teufel jagen! ...

Und es gibt bei uns auch keine Partei, die den Standpunkt vertritt, bei uns den Kapitalismus wiederherzustellen. Deshalb gibt es also auch keine Opposition nach bürgerlichen Vorstellungen. Das ist unsere sozialistische Demokratie und darüber muß man sich klar sein.

Wir betrachten alles unter dem Gesichtswinkel: Wie machen wir unsere Volksmacht stärker, um die Macht in Westdeutschland gemeinsam zu erringen.<<

19.03.1958

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/1958) berichtet am 19. März 1958 über einen geplanten deutschen Friedensvertrag: >>>Die Phantasie der Geschichte

Hand in Hand versuchten in der letzten Woche christdemokratische Parlamentarier und amerikanische Diplomaten in Bonn einen politischen Plan zu töten, dem der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zum Leben verholfen hat: den Plan, bei der nächsten ost-westlichen Gipfelkonferenz müsse über die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages verhandelt werden. In einer Sitzung des außenpolitischen Bundestagsausschusses bemühte sich Außenminister Heinrich von Brentano nachzuweisen, daß die Sowjets mit Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag nur die völkerrechtliche Anerkennung Pankows erreichen wollten. Moskau wolle einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, aber keinen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland abschließen.

Während der Sitzung suchte Brentano verzweifelt Hilfe bei seinen Referenten, um eine amtliche sowjetische Erklärung zu finden, die seine Behauptung stützen könnte. Er suchte vergebens. Die Meinung, die Sowjet-Regierung wünsche zwei Friedensverträge mit den beiden deutschen Regierungen, stammt nämlich nicht aus einer amtlichen sowjetischen Erklärung, sondern aus den Mitteilungen des Kanzlers über sein letztes Gespräch mit dem Sowjet-Botschafter Smirnow.

Selbst CDU-Politiker zweifeln daran, daß Konrad Adenauer dieses Gespräch richtig wiedergegeben habe; denn der Sowjetmensch hat in Gesprächen mit Politikern der Opposition angedeutet, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten vielleicht neue Wege für eine Wiedervereinigung eröffnen, auf denen auch eine gesamtdeutsche Regierung zustande käme, die den Friedensvertrag annehmen würde.

Den Amerikanern ist eine solche Aussicht äußerst unangenehm. Auf jeden Fall müßte bei Friedensvertragsverhandlungen nämlich die Bündnisfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands zur Diskussion gestellt werden. Die Amerikaner sind aber nicht, bereit, ihre Raketen- und Militärbasis Westdeutschland jetzt in Frage zu stellen. Sie sind sich darin mit der Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig, die meint, nur durch amerikanische Truppen

könne die Sicherheit Westdeutschlands garantiert werden.

Dieser Auffassung wegen haben sich die Amerikaner unter den Ovationen der Bundestagsmehrheit seit zehn Jahren mit den Sowjets auf keine Diskussion über einen deutschen Friedensvertrag - also den Status eines wiedervereinigten Deutschlands - eingelassen.

Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.

Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."

Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".

England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzidiert worden seien.

Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:

- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.

- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.

- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.

- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.

- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.

- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne

schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.

- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.

- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.

- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".

- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.

- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviele Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.

Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufzurichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab.

Auch in dem 1952er Notenwechsel zwischen den Sowjets und den Westmächten über Deutschland, den zu zitieren heute zum guten Ton Bonner parlamentarischer Debatten gehört, drückten sich die Westmächte auf fast groteske Weise um eine Meinungsäußerung herum. Um die Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern, hatten die Sowjets vorgeschlagen, man solle gleichzeitig über drei Fragen verhandeln:

- einen Friedensvertrag, also den äußeren Status,
- die Wiedervereinigung Deutschlands,
- die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen.

Die Sowjets präsentierten einen Friedensvertragsentwurf, der deutsche Bündnisfreiheit vorsah, sich auch sonst ganz akzeptabel las und meinten: "Die Sowjet-Regierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen."

Indes, die Westmächte schrieben in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952: "Nach ihrer (der Westmächte) Ansicht wird es nicht möglich sein, sich auf ins einzelne gehende Diskussionen über einen Friedensvertrag einzulassen, bis die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen sind und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist."

Die westliche Spekulation war klar: Freie Wahlen würden das Regime der Sowjetzone wegfeigen, was die Sowjets als Vorleistung, ehe überhaupt eine Friedensvertragsdiskussion beginnen sollte, schwerlich akzeptieren konnten. Also mußte es beim Status quo bleiben.

Die Sowjets versuchten, sich trotzdem ein Bild von den westlichen Friedensvertragsvorstellungen zu machen und antworteten am 9. April 1952: "Die Regierung der USA hat sich nicht einverstanden erklärt, die Erörterung dieses (Friedensvertrags-)Entwurfs aufzunehmen ... Die Sowjet-Regierung schlägt ... erneut vor, die Erörterung eines Friedensvertrages ... aufzuneh-

men."

Die Westmächte antworteten unter dem 13. Mai 1952 unbeirrt: "Es ist ... nicht möglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt Besprechungen über die Bestimmungen eines deutschen Friedensvertrages abzuhalten."

Die Sowjets bohrten am 24. Mai weiter: "Ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten", wollten sie "zur gemeinsamen Beratung schreiten".

Die Westmächte - hier England - antworteten am 10. Juli gleichlautend: "In ihrer Note schlägt die sowjetische Regierung wiederum gleichzeitige Besprechungen über einen Friedensvertrag, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor. Ihrer Majestät Regierung ihrerseits vertritt weiterhin ihren Standpunkt in dieser Frage, nämlich den, daß eine gesamtdeutsche Regierung an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilnehmen muß, und daß daher Deutschland vereinigt und eine gesamtdeutsche Regierung gebildet sein muß, bevor solche Verhandlungen aufgenommen werden können." Im übrigen müsse erst einmal durch eine internationale Kommission geprüft werden, ob in der Sowjetzone überhaupt freie Wahlen möglich sind.

Noch einmal, am 23. August 1952, stießen die Sowjets nach: "Die Sowjet-Regierung ist ... bereit, auf einer Vier-Mächte-Konferenz die von den Regierungen der drei Mächte vorgeschlagene Frage der Kommission zur Untersuchung der Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu erörtern.

"Die Sowjet-Regierung ist dabei jedoch der Ansicht, daß sich die Konferenz nicht auf die Erörterung nur dieser Frage beschränken kann und darf. Die Sowjet-Regierung hält es für erforderlich, daß diese Konferenz in erster Linie so wichtige Fragen behandelt wie die des Friedensvertrages mit Deutschland und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung."

Die Antwort vom 23. September 1952: "Die amerikanische Regierung sucht auch weiterhin einen Weg zur Beendigung der Teilung Deutschlands. Dieses Ziel wird durch vorzeitige Erörterungen über einen Friedensvertrag mit einem noch geteilten Deutschland ohne eine einheitliche Regierung nicht erreicht werden."

Erfolgreich hatten die Westmächte das Geheimnis gehütet, was ihrer Ansicht nach in einen deutschen Friedensvertrag gehöre, und inzwischen den General- und den EVG-Vertrag mit Westdeutschland geschlossen.

Wie der Westen sich allenfalls eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen könne, hat Präsident Eisenhower nach dem Sowjetzonen-Aufstand vom 17. Juni 1953 an Konrad Adenauer geschrieben:

"Es war seit langem meine Überzeugung, daß die Stärkung der Bundesrepublik durch Annahme der EVG, des Deutschlandvertrages und durch weitere Fortschritte bei der Integration Europas die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nur fördern kann dadurch, daß sie die Anziehungskraft dieses blühenden Westdeutschland gegenüber der Sowjetzone erhöht, eine Anziehungskraft, die bereits durch den stetigen Zustrom von Flüchtlingen in den letzten Monaten sowie durch die am 17. Juni begonnenen Demonstrationen bewiesen wurde.

Dieser wachsende Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, letzteres mit seinem bankrotten Regime und seiner verarmten Wirtschaft, wird auf die Dauer Bedingungen schaffen, die die Liquidierung der gegenwärtigen kommunistischen Diktatur und der sowjetischen Besetzung ermöglichen müßten."

Die Westmächte konnten der Unterstützung dieser Konzeption durch die Bonner Regierungsparteien absolut sicher sein - bis der zweite Mann im Staate und stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundestagspräsident Gerstenmaier, empfahl, die Viermächtediskussion über einen deutschen Friedensvertrag, die 1948 bei der Spaltung der Welt fruchtlos abgebrochen worden war, wiederaufzunehmen und unter den neuen Verhältnissen fortzuführen.

Weil - folgte man Gerstenmaiers Vorschlag - mit den Sowjets und im Deutschen Bundestag unweigerlich über die amerikanischen Militärbasen in Westdeutschland gesprochen werden müßte, was den Amerikanern ein unerfreulicher Gedanke ist, mühten sich linientreue Christdemokraten, Gerstenmaiers Friedensvertragsidee mit dem Hinweis zu erledigen, daß dann ja auch die Frage der deutschen Ostgrenze behandelt werden müßte.

In der Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch letzter Woche meinte Kurt-Georg Kiesinger, die Lage für eine Diskussion der Grenzfrage sei noch nie so schlecht gewesen wie heute: "Wir müssen es der Phantasie der Geschichte überlassen, daß sie eine bessere Lösung findet als wir."

Brummte der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner: "Was muten Sie der Geschichte eigentlich alles zu?"

Außenminister Heinrich von Brentano antwortete: "Wir wünschen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland mit einem freien Polen ohne Gewalt diese Frage regelt." Wie jedoch eine solche Situation herbeizuführen sei, darüber schwieg sich Heinrich von Brentano aus.

Der Kanzler entschied, es sei mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht opportun, den deutschen Friedensvertrag international zu erörtern. Bundestagspräsident Gerstenmaier dagegen ist trotz allem nicht bereit, seine Idee, die deutsche Frage unter dem Stichwort "Friedensvertrag" wieder ins internationale Spiel zu bringen, auf immer zu verbannen.

Er erklärte: "Ich stehe zu jedem Wort, das ich in meinem SPIEGEL-Gespräch gesagt habe. Ich würde mich gern von besseren Plänen überzeugen lassen, aber ich habe noch keine gehört."<<

20.03.1958

BRD: Im Deutschen Bundestag finden vom 20. bis zum 25. März 1958 lautstarke Debatten über die Bewaffnung der Bundeswehr und die Deutschlandfrage statt.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauers "Deutschlandpolitik": >>... Am 20. März 1958 machte Adenauer hierüber im Bundestag einige, wenn auch verschwommene Andeutungen. Er erklärte zur Frage der deutschen Wiedervereinigung:

"Mir liegt am Herzen - und ich hoffe auch Ihnen -, daß wir endlich dazu kommen, daß die 17 Millionen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang so leben können, wie sie wollen ... Darum glaube ich - ich habe das auch der sowjetrussischen Regierung mitteilen lassen -, wir sollten diese ganze Frage nicht nur unter nationalen oder nationalistischen Aspekten oder Aspekten des Machtbereichs, sondern unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß dort 17 Millionen Deutsche zu einer Lebens- und Denkungsweise gezwungen werden, die sie nicht wollen."

Adenauers Bemerkung, daß man das Problem der 17 Millionen Zonendeutschen nicht nur unter "nationalen oder nationalistischen Aspekten betrachten" solle, ließ nur in schwachen Umrissen erkennen, was gemeint war.

Sehr viel deutlicher wurde in derselben Bundestagssitzung Bundesverteidigungsminister Strauß:

"Und die Wiedervereinigung? ... Ist es denn wirklich die Wiedervereinigung, die uns in erster Linie drängt, quält, bedrückt und treibt? Es ist doch weniger die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands; es ist doch mehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet" (gemeint: die Sowjetzone).

In Straußens Erklärung deutete sich zum ersten Mal an, daß Bonn unter gewissen Bedingungen bereit war, auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verzichten.

Genau einen Monat nach diesen Äußerungen Adenauers und Straußens im Bundestag hielt in Tauberbischofsheim vor einer CDU-Versammlung der Redakteur des "Rheinischen Merkur", Paul Wilhelm Wenger, eine Stegreifrede, in der er ähnliche Gedanken aufgriff. Man sollte, sagte er, "eine preußisch tschechisch-polnische Montan-Union um Oberschlesien als Kern-

drehscheibe ins Auge fassen".

Die Erklärungen Adenauers, Straußens und Wengers stimmten in einem Punkt überein: Deutschland soll auf seine staatliche Wiedervereinigung - in Wengers Formulierung: auf seine "Wieder-Unitarisierung" (Stärkung der Zentralgewalt des Bundesstaates) - verzichten und dafür einen Verzicht der Sowjets darauf einhandeln, die Sowjetzone kommunistisch zu machen. Wenger ging freilich in seiner Stegreifrede noch sehr viel weiter: Er gab der Hoffnung Ausdruck, die Sowjets würden eventuell bereit sein, auch noch auf die kommunistische Gestaltung Polens und der Tschechei zu verzichten.

Zweifellos sind Adenauer und Strauß mit den verstiegenen Hoffnungen Wengers auf eine östliche Montan-Union nicht zu identifizieren. Immerhin, der Gedanke eines demokratischen, aber separaten mitteldeutschen Staates, dessen "Separatismus" noch durch ein internationales Statut mit Anschluß-Verbot stabilisiert werden könnte, hat noch 1958 eine Rolle in den politischen Spekulationen des Kabinetts Adenauer gespielt.

Tatsächlich würde es zu den Grundvorstellungen Adenauers von europäischer Politik passen, Gesamtdeutschland auch nach Osten hin "friedensfreundlicher" zu machen, indem man im Osten des gegenwärtigen deutschen Siedlungsgebietes einen zwar demokratischen, aber separaten Staat schafft. Indes, praktische Bedeutung haben diese Vorstellungen bisher nicht erlangt.

Die innere Gestaltung Deutschlands ist für Adenauer immer eine Funktion "Europas" gewesen. Daraus erklärt sich auch, daß er dieser inneren Gestaltung immer erst dann wirkliches Interesse entgegenbringt, wenn dabei eine Beziehung zu "Europa" erkennbar ist. Sein Interesse für innerdeutsche Institutionen, für die deutsche Demokratie überhaupt, ist im Grunde nur schwach entwickelt. Es hat deswegen auch keine Bedenken, mit diesen Institutionen, Gesetzen, rechtlichen und moralischen Normen in oberflächlicher, manchmal sogar zynischer Weise zu verfahren.

Indes bleibt die ständige Abwertung von Normen des Rechts und des politischen Anstands auch dann eine Gefahr für die innere Stabilität einer Demokratie, wenn diese Abwertung sich auf eine "gute Sache" beruft. Adenauer hat - bis in die Gegenwart, bis zu den impertinenten Anspielungen auf die Herkunft seines SPD-Gegners Willy Brandt - dahin gewirkt, daß sowohl die Moral als auch die Institutionen der westdeutschen Demokratie verunsichert wurden. Zumeist hat er sich dabei auf "Europa" und darauf berufen, die - wie er schon 1945 sagte - "aus dem Osten drohenden Gefahren" abwehren zu müssen.

Zwangsläufig wird aber bei einer solchen Praxis schließlich der Punkt erreicht, wo die Berufung auf die "gute Sache" auch unlauteren Motiven - persönlichem Ehrgeiz, bloßem parteipolitischen Eigennutz - dienen muß. Den Schädigungen der demokratischen Institutionen oder des politischen Anstands steht dann überhaupt kein ins Gewicht fallender Nutzen mehr gegenüber.

Diesen Punkt hat Adenauer mehrfach erreicht und überschritten - auch auf dem Gebiet des Verhältnisses von Bund und Ländern. Das wohl abstoßendste Beispiel hierfür lieferte der sogenannte Fernsehstreit 1960/61.

In diesem Streit versuchte Adenauer, die völlig unzweideutige Bestimmung des Grundgesetzes, wonach die Kulturhoheit ein ausschließliches Recht der Bundesländer darstellt, mittels einer ebenso törichten wie dreisten Taktik zu überspielen. Als er dabei auf den Widerstand auch der von der CDU regierten Bundesländer stieß, berief er sich wieder einmal darauf, Europa gegen den Kommunismus verteidigen zu müssen. Allein ein Bundesfernsehen, ließ er einen Sprecher der Bundesregierung sagen, sei den Fernsehplänen der Sowjetzone für Westdeutschland gewachsen.

Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe 1960 machte er sich über die aufmuckenden Ministerpräsidenten der Bundesländer lustig: "Was geht in einem Menschen vor, wenn er Minister

wird? Ich beobachte das mit großem Interesse."

Bei einer geselligen Gelegenheit des Parteitages dröhnte er im Baß eines Bilderbuch-Monarchen: "Mich kümmert nicht die Meinung der Landesfürsten, ich suche allein den Beifall des Volkes!"

Genau wie bei der Finanzausgleichs-Debatte im Parlamentarischen Rat 1948/49, in deren Verlauf er sagte, ihm hänge der ganze Streit zum Halse heraus, erklärte er auf dem Höhepunkt des Fernsehstreits vor Journalisten: "Schreiben Sie, was Sie wollen, aber schreiben Sie, daß der Bundeskanzler es satt hat."

Die fatale Kongruenz (Übereinstimmung) dieser Äußerungen Adenauers am Anfang und gegen Ende seiner Kanzler-Laufbahn enthüllt zweifellos einen Makel der Bundesrepublik, der einmal zu ernststen Folgen führen könnte - einen Makel, der offenbar sowohl in der Person als auch in der politischen Konzeption Adenauers seine Ursache hat. Dieser Makel ist die Unsicherheit der demokratischen Institutionen und die Unsicherheit der politischen Moral in der Bundesrepublik. ...<<

22.04.1958

DDR: Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet am 22. April 1958 über die Bekämpfung des kirchlichen Lebens in der SBZ (x009/215): >>... Der Pressekampf gegen die Synode Ende April 1958, Störtrupps im Stoeckerstift und Einreiseverbot für katholische und evangelische Bischöfe leiteten neue Großoffensiven ein. Vorwand war u.a. der Militärseelsorgevertrag. ("Neue Zeit" vom 22.4.1958: "Unterstützung des Militärseelsorgevertrages ist Staatsverbrechen."). Die Kampfmlilderung nach dem Juni-Aufstand ist vergessen.<<

08.05.1958

DDR: Das Zentralkomitee der SED dankt am 8. Mai 1958 "den tapferen Helden" der Sowjetarmee.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Danksagung (x009/67): >>Das ZK (Zentralkomitee) der SED dankte am 8.5.1958 "den tapferen Helden der Sowjetarmee, die ... die Voraussetzung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der Geschichte Deutschlands schufen".

Während des Juni-Aufstandes (1953) und im November 1956 wurde deutlich, wie sehr die Herrschaft der SED auf die sowjetischen Besatzungstruppen angewiesen ist.<<

28.05.1958

DDR und Ost-Berlin: Am 28. Mai 1958 werden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechtigten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lebensmittelkarten" in der SBZ (x009/256): >>Neben einer sog. Grundkarte gab es 5 Typen von Zusatzkarten, die differenziert nach Berufsgruppen ausgegeben wurden.

Kinder erhielten besondere Lebensmittelkarten. Da die Zuteilungen keineswegs ausreichten, mußten zusätzliche Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen in HO-Geschäften gekauft werden. Mit der 1958 erfolgten, seit Jahren angekündigten Abschaffung der Lebensmittelkarten wurde zugleich auch das doppelte Preisniveau beseitigt. Man senkte die entsprechenden Preise der HO-Waren und erhöhte die Preise der bisher rationierten Lebensmittel. Die dadurch verursachte zusätzliche Belastung wurde bei niedrigen Einkommen durch Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge ausgeglichen; ausgenommen davon waren Handwerker, private Unternehmer und Gewerbetreibende sowie die freischaffende Intelligenz. ...

Die Bezugsberechtigungskarten für Milch, Kartoffeln und Kohlen mußten wegen der Versorgungslücken 1961 um Kundenlisten zum rationierten Butterbezug erweitert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Lebensstandard in der SBZ (x009/256-257): >>Das allgemeine Niveau der Lebenshaltung in der SBZ hat sich

in den letzten Jahren gehoben. Trotzdem besteht noch immer ein beträchtlicher Abstand von der Lebenshaltung in der Bundesrepublik. ... Neben den Lebenshaltungskosten sind für den Lebensstandard folgende Momente von Bedeutung.

1. Die Entwicklung zur Zentralverwaltungswirtschaft hatte zur Folge, daß sich der Lebensstandard in der SBZ mehr und mehr dem der Sowjetunion annäherte ... Das ideologisch bestimmte System der staatlichen Wirtschaftsplanung verursacht seinem Wesen nach immer wiederkehrende Versorgungslücken, die den Lebensstandard der Zonenbevölkerung wesentlich beeinflussen.

2. Die kommunistische Agrarpolitik führt dazu, daß Grundnahrungsmittel, auch solche, die das Gebiet der heutigen SBZ früher im Überfluß erzeugte, häufig entweder gar nicht oder nur in unzureichenden Mengen erhältlich sind (z.B. Butter, Zucker, Fleisch).

3. Die Konsumgüterversorgung wird aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten immer noch quantitativ und qualitativ zugunsten industrieller Investitionen der Produktionsgütererzeugung vernachlässigt.

4. Eine dünne Schicht von Parteifunktionären, Angehörigen der Intelligenz und anderer Mangelberufe, Spezialisten und Aktivisten bezieht Löhne und Gehälter, die ein Mehrfaches der Durchschnittseinkommen ausmachen. Die Masse der Arbeitnehmer kann einen höheren Lebensstandard auch durch größere Leistungen nicht erreichen, da die höheren Lohngruppen auf einen bestimmten Prozentsatz der Arbeiterschaft begrenzt sind und bei allgemeiner Verbesserung der Leistungen die Arbeitsnormen heraufgesetzt werden.

5. Das "Bildungsprivileg der Besitzenden" ist mit Hilfe des Zulassungsverfahrens, eines reich dotierten Stipendienwesens und der allgemeinen Gesinnungskontrolle weitestgehend an "Arbeiter- und Bauernkinder" übergegangen, die dafür Beschränkungen in der Berufswahl und im Berufsweg in Kauf nehmen müssen.

6. Kulturgüter sind erschwinglich, ... stehen aber weithin im Dienst der Produktionspropaganda und werden insoweit von der Bevölkerung abgelehnt.

7. Das System der sozialen Leistungen wird ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Ausschöpfung aller Arbeitskräftereserven gehandhabt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konsumgüterversorgung" in der SBZ (x009/225-226): >>Es bedurfte erst des Juni-Aufstandes vom 17. Juni 1953, ehe das Regime die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung verbesserte.

Obwohl der Lebensstandard sich seitdem erhöht hat, weist die Konsumgüterversorgung noch immer erhebliche Mängel auf. Dringend benötigte Konsumgüter, wie Möbel, Öfen, Töpfe, Gaskocher, Eimer, Ofenrohre, Kleiderbügel, elektrisches Installationsmaterial, Handwerkszeug und viele sonstige aus Metall oder Holz gefertigte Artikel, werden nur unzureichend produziert und angeboten.

Viele technische Konsumgüter werden exportiert, obwohl der Bedarf der Bevölkerung ungedeckt bleibt. Dazu gehören die besseren Qualitäten bei Kameras, Uhren, ... Motorräder, Mopeds und Fernsehgeräte. Die Textil- und Bekleidungsindustrie bietet oft minderwertige oder unmodische Erzeugnisse an. Die Versorgung mit Lederschuhen ist ebenfalls unzureichend und qualitativ mangelhaft. ...

Die schlechte Konsumgüterversorgung ist begründet in dem in allen kommunistisch geführten Ländern gültigen Produktionsmittelprimat. Bis in die neueste Zeit mußten die Konsumgüter vielfach als sog. Zusatzproduktion ohne ausreichende Materialbereitstellung hergestellt werden. Wenn auch Konsumgüterproduktion zum Teil Bestandteil der Betriebspläne geworden ist, hat die Bevölkerung noch immer Grund zur Klage wegen unzureichender Konsumgüterversorgung.

Das Regime startet von Zeit zu Zeit zur Beschwichtigung von Mißstimmungen Propagandaaktionen, in denen eine Verbesserung der Versorgungslage versprochen wird. Seit Anfang 1960

läuft ein Programm der "tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs", die indes noch zu keiner fühlbaren Verbesserung der Versorgung geführt hat. Auch die Parole von der "Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe" war letztlich eine solche Beschwichtigungsaktion. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeiterkontrolle" in der SBZ (x009/26-27): >>Unter Anleitung des FDGB arbeitende, aus Arbeitern der Produktionsbetriebe bestehende Kommissionen, die Geschäfte der HO (staatliche Einzelhandelsunternehmen), des Konsums und des Privathandels auf "Verkaufskultur", Reichhaltigkeit des Sortiments, Sauberkeit usw. überprüfen.

Die Einrichtung der Arbeiterkontrolle wird offiziell damit begründet, die Arbeiter als Erzeuger der Konsumgüter hätten das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß "die ständig steigende Produktion" auch wirklich an den Verbraucher herangebracht und nicht im Getriebe der staatlichen Verteilerorganisationen fehlgeleitet wird.

Die Existenz der Arbeiterkontrolle bestätigt die Unfähigkeit des Regimes, das knappe Warenangebot wenigstens einigermaßen gerecht zu verteilen. Seit 1961 ist es auch Aufgabe der Arbeiterkontrolle, in den Produktionsbetrieben nach Reserven zur Herstellung von Konsumgütern zu suchen.<<

04.06.1958

DDR: Gerhart Eisler appelliert am 4. Juni 1958 in der "Jungen Welt" an das Nationalbewußtsein und den Patriotismus (x009/324): >>... Als Sozialisten sind wir natürlich deutsche Patrioten, und daher wollen wir ja auch, daß ganz Deutschland einmal das wahre Vaterland aller Deutschen und auch der ganzen deutschen Jugend sein kann. ...

Auch für die westdeutsche Jugend ist die DDR das wahre Vaterland. Die Loyalität der ganzen deutschen Jugend kann nur der DDR gehören. Denn die DDR steht auch nicht im Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Jugend, sondern ist im Gegenteil der stärkste Vorkämpfer zur Erfüllung aller ihrer berechtigten, sozialen und kulturellen Wünsche.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Patriotismus" in der SBZ (x009/324): >>Obwohl der Marxismus das nationale als klassenbedingten Atavismus verwirft, operiert die SED seit den Vorbereitungen zur Installation der "DDR" mit Appellen an das Nationalbewußtsein, für die sie ideologische Stützen bei Stalin, vor allem aus der Zeit des "großen vaterländischen Krieges" fand.

Der Parteijargon bezeichnet diesen neuen Nationalismus als Patriotismus. Sein Wesen wurde u.a. von Fred Oelßner 1951 in seiner (1955 wieder aufgelegten) Schrift "Die heutige Bedeutung der nationalen Frage" bestimmt. Er betonte, die SED könne "deutschen Patriotismus nur auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus entwickeln".

Mann müsse an die geschichtlichen Leistungen und "an das ganze fortschrittliche kulturelle Erbe unseres deutschen Volkes anknüpfen", zugleich aber müßten wir "besonders die Kulturgüter des fortschrittlichsten Volkes der Welt, des Sowjetvolkes, in uns aufnehmen, um ein neues deutsches Nationalgefühl auf wahrhaft ethischer Grundlage zu entwickeln".

Neuerdings wird der Patriotismus nicht mehr auf Land und Volk oder auf das kulturelle Erbe, sondern auf die "DDR" als "Staat" bezogen ... <<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Patriotische Erziehung" in der SBZ (x009/324): >>Von 1950 bis 1955 war Erziehung zu "glühenden Patrioten und Friedenskämpfern" der Kern des offiziellen Erziehungszieles.

Vorbild war die Verpflichtung der sowjetischen Schulen auf den Sowjetpatriotismus. Wenn auch an dieser Forderung festgehalten wird, ist die Betonung des Patriotismus etwas zurückgetreten, vor allem die Hervorhebung der Erziehung zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen.

Mit der patriotischen Erziehung werden auch die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion und den anderen "sozialistischen" Staaten sowie die Solidarität mit den sonstigen kom-

munistischen Parteien und den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern gefordert. ...<<

01.07.1958

BRD: Bundesaußenminister Heinrich von Brentano (1904-1964) würdigt am 1. Juli 1958 auf einem Bundestreffen in Bochum die Leistungen der Vertriebenen (x125/128): >>Die Vertriebenen überhaupt haben in den vergangenen Jahren des großen Elends durch ihre Selbstzucht und Leistung nicht nur unser Volk vor dem Absinken in kommunistische Unfreiheit bewahrt, sondern auch durch ihre Geduld der Sache Europas und der ganzen freien Welt einen ungeheuren Dienst geleistet. ...<<

10.07.1958

DDR: Während des 5. SED-Parteitages wird am 10. Juli 1958 gefordert, daß die DDR bis 1961 die Produktion und den Verbrauch von Lebensmitteln und Konsumgütern der Bundesrepublik Deutschland erreichen und übertreffen soll (x009/517).

SED-Generalsekretär Walter Ulbricht verkündet am 10. Juli 1958 die "10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Moral" in der SBZ (x009/297-298): >>Als Teil des ideologischen Überbaus ist nach bolschewistischer Auffassung auch die Moral Ausdruck der Klasseninteressen.

Es gibt demnach kein absolut Gutes und kein absolut Böses. Die traditionellen sittlichen Auffassungen der abendländischen Welt werden als einseitiger Niederschlag der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung interpretiert.

Der bürgerlich-kapitalistischen Moral setzte Lenin die sozialistische Moral entgegen, die in der Erklärung gipfelt: "Alles was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeuter zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch."

Dem entspricht die Erklärung der SED: "Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt."

Damit wird der schon in der Schule gepflegte Haß gegen die als "kapitalistisches Lager" interpretierte westliche Welt ebenso wie die straff disziplinierte Unterordnung unter den Willen der Partei zur Grundlage der sozialistischen Moral.

Allerdings hat der Begriff der sozialistischen Moral in den letzten Jahren, seitdem Chruschtschow die neue Generallinie der Bolschewisten im Sinn des erbitterten wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit dem Westen festlegte, einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht.

Als Hauptkriterium für sozialistische Moral gilt nunmehr die Einstellung zur Arbeit; der Kampf der Partei um die Durchsetzung und Hebung der sozialistischen Moral ist vor allem ein Kampf gegen die "kleinbürgerlichen" Gewohnheiten, wie Eigenbrötelei, Individualismus, Ressortgeist, Gruppenegoismus. Demgegenüber soll die Bevölkerung zu einem Verhalten erzogen werden, das völlig am Kollektiv orientiert ist, auf maximale Produktionseffekte hinzielt und auf diese Weise das bolschewistische Lager weiter verstärken hilft.

Unter anderen Bedingungen als in der Sowjetunion ... bemüht sich die SED, insbesondere seit dem V. Parteitag 1958, um die Erziehung des "neuen sozialistischen Menschen", der sich in seinen ethischen Auffassungen und in seinen Handlungen an den "Zehn Geboten der sozialistischen Moral" orientieren soll, die Ulbricht auf dem V. Parteitag verkündete. Sie besagen: ...

3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. ...

6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.

7. Du sollst nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.

8. Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.

9. Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten. ...

Gleichzeitig erklärt die SED-Propaganda, die 10 Gebote Gottes seien dazu erschaffen, Skla-

venhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und führten zu erbarmungsloser Ausbeutung, zu Unterjochung, zu Eroberungskriegen und zu Ausplünderungen. Ein Sozialist wisse, daß die 10 Gebote Gottes, "im Mund der Kapitalisten, Imperialisten, der Klerikalen und der Militaristen nur Heuchelei sind und dazu dienen, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen".

Die 10 Gebote der sozialistischen Moral aber würden den Menschen glücklich und frei machen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freiheit" in der SBZ (x009/140): >>... Ein Begriff der persönlichen Freiheit, wie er einen Grundwert abendländischer Gesittung darstellt, ist dem Bolschewismus fremd.

Der Einzelne könne erst im Einklang mit der Masse und in der Organisation seine Ziele verwirklichen. Das "Wir" wird dem "Ich" vorgeordnet. damit ist die persönliche Freiheit der politischen nachgeordnet, die einseitig auf das Eigentum an den Produktionsmitteln gegründet wird.

In den bourgeoisen" Gesellschaft gibt es demnach nur Freiheit für die Kapitalisten. Aber sie ist geschichtlich gesehen vorübergehend und wird nach den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Ära durch die Freiheit aller abgelöst.<<

21.07.1958

DDR: Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates (Grotewohl, Maron, Eggerath) und Vertretern der evangelischen Kirche (in Abwesenheit von Propst Grüber) erscheint am 21. Juli 1958 ein gemeinsames Kommuniqué (x009/215-216): >>... Die kirchlichen Vertreter erklärten, daß

1. die Kirchen in der DDR an den Militärseelsorgevertrag nicht gebunden sind,
2. die Kirchen grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmen,
3. die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen,
4. die Christen die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beitragen,
5. die Kirchen den gegen den Staat erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrechterhalten.

Die Regierung der DDR erklärte: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

Beide Seiten geben zu erkennen, daß klärende Aussprachen über die Beseitigung etwaiger Mißstände durchgeführt werden sollten. Trotzdem äußerte der Rat der EKD bereits im Oktober 1958 ernste Sorge über die Behinderung des kirchlichen Lebens, insbesondere auf dem Gebiet der Jugenderziehung. Zur gleichen Zeit legte Propst Grüber sein Amt als Bevollmächtigter der EKD nieder. ...<<

24.07.1958

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1958 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 33,9 Milliarden DM entfallen 30,2 % auf Sozialleistungen und 25,4 % auf Verteidigungskosten.<<

01.08.1958

DDR: Die SED ordnet am 1. August 1958 weitere Enteignungen von Privatvermögen an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110-111): >>Die kalte Enteignung des Privateigentums wird schließlich durch steuerliche Maßnahmen (Steuern, Erbrecht) und im Wege des Konkursverfahrens betrieben. Bis zu dem im Juni 1953 verkündeten neuen Kurs und wieder seit August 1958 wird das Flüchtlingsvermögen praktisch enteignet.

Die enteigneten Vermögenswerte sind grundsätzlich lastenfrei in das Volkseigentum übergeführt worden. Das bedeutet eine entschädigungslose Enteignung der privaten Gläubiger des Enteigneten, deren Rechte an enteigneten Grundstücken und beweglichen Sachen und deren Ansprüche gegen das eingezogene Vermögen nicht anerkannt werden. ...

Aus Anlaß eines Rechtsstreites eines in der SBZ enteigneten und in das Volkseigentum überführten Zweigbetriebes und des westdeutschen Hauptbetriebes hat das Oberste Gericht entschieden, daß die Enteignung für ganz Deutschland wirksam sei. Demgemäß sei auch das dem westdeutschen Betrieb gehörende Warenzeichen auf den volkseigenen Betrieb übergegangen. ...<<

28.08.1958

DDR: Außenminister Dr. Bolz fordert am 28. August 1958, die DDR als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches anzuerkennen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" des SED-Regimes (x009/51-52): >>... Die Außenpolitik der SBZ verfolgt ihr Ziel im Sinne des sowjetischen Imperialismus zu wirken auch mit jener propagandistischen Form außenpolitischer Aktivität, die der Ausschuß für deutsche Einheit z.B. wie folgt umschreibt: "Ein wichtiger Grundsatz der Außenpolitik der DDR ist die Zusammenarbeit mit den friedliebenden, demokratischen Kräften in allen Ländern und vor allem die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterklasse." ...

Außenpolitik und parteipolitische Klassenkampf-Agitation sind, wie in allen Staaten des Sowjetblocks, auch in der SBZ eng miteinander verbunden. Das SBZ-Regime versucht ständig, seine Forderungen zur Außenpolitik vorzutragen. ... Sie erstrebte "ihre De-facto-Anerkennung durch die Westmächte".

Dabei vermied das Regime ängstlich die Probe, wie die Bevölkerung sich in geheimen, international kontrollierten Wahlen, vor allem in Mehrlistenwahlen, zu seiner Politik stellen würde. Es versuchte, die Bundesregierung als gefährliche militaristische und chauvinistische Angriffsmacht hinzustellen und bemühte sich, die Westmächte mißtrauisch gegen die Bundesrepublik und ihre Bundeswehr zu machen - überhaupt auch den gesamten Westen gegen sie aufzuhetzen.<<

29.08.1958

China: Das ZK der Kommunistischen Partei Chinas beschließt am 29. August 1958 die Bildung von Volkskommunen (x058/418): >>... Die umfassenden Investitionsvorhaben in der Landwirtschaft und die Anwendung fortschrittlicher technischer Methoden erfordern mehr Arbeitskräfte. Die Entwicklung der Industrie in den Landgebieten erfordert daneben die Überführung eines Teils der Arbeitskräfte aus dem Landwirtschaftssektor. ...

Die breiten Massen lassen sich von dem Prinzip leiten, sich nach militärischem Vorbild zusammenzuschließen, kämpferisch zu arbeiten und ein Kollektivleben zu führen. Dadurch erhöht sich das kommunistische Bewußtsein der 500 Millionen Landbewohner noch mehr.

Die Errichtung von Volksgaststätten, Kindergärten, Kinderkrippen, Schneiderstuben, Friseurstuben, öffentlichen Badeanstalten, "Feierabendheimen" (Altersheimen), Landwirtschaftsschulen und "Rot- und Fachmann-Schulen" führt die bäuerliche Bevölkerung zu einem glücklichen Gemeinschaftsleben und fördert und stärkt den Kollektivgeist der bäuerlichen Massen noch mehr.

All das beweist, daß die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft mit hundert oder mehreren hundert Haushalten den Anforderungen der sich verändernden Lage nicht mehr gerecht werden kann.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Errichtung von Volkskommunen, in denen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Hilfwirtschaften und Fischereiwesen allseitig entwickelt werden, in denen Industrie (Arbeiter), Landwirtschaft (Bauern), Handel (Händler),

Kultur und Volksbildung (Studenten) und Militärwesen (Angehörige der Miliz) zu einer Einheit verschmelzen, die grundlegende Politik, um die Bauern dazu zu führen, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen, den Aufbau des Sozialismus vorfristig zu vollenden und den allmählichen Übergang zum Kommunismus durchzuführen.

... Unter den gegenwärtigen Bedingungen sollte als Größenmaßstab für die Organisation einer Volkskommune im allgemeinen eine Kommune mit ungefähr 2.000 Haushalten je Gemeinde gelten. ...

Mit der Erweiterung der Volkskommunen durch die komplexe Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei sowie der Industrie, des Handels, der Volksbildung und des Militärwesens ist innerhalb des Verwaltungsapparates der Kommunen eine entsprechende Arbeitsteilung erforderlich. ...<<

01.09.1958

DDR: Am 1. September 1958 wird im neuen Schuljahr der sog. "polytechnische Unterrichtstag" eingeführt.

16.09.1958

DDR: Das amtliche Blatt "Die Volksarmee" erklärt am 16. September 1958 zur Stellung der sowjetischen Besatzungstruppen (x009/67): >>Die Sowjetarmee ... sichert gemeinsam mit uns, der Nationalen Volksarmee, den Aufbau des Sozialismus in der DDR. ...<<

10.10.1958

China: Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 10. Oktober 1958 über die "Volksrepublik" China (x299/156-157): >>Heute, im Zeitalter Mao Tse-tungs, haben wir den Himmel auf Erden.

Wenn die Partei ruft, drängen Millionen zur Tat. Der Vorsitzende Mao ist ein großer Prophet. Durch den wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus kann er in die Zukunft sehen. Jede Prophezeiung des Vorsitzenden ist wahr geworden. ...<<

16.10.1958

DDR: Gemäß Verordnung des Ministerrats vom 16. Oktober 1958 sind "Werktätige der DDR" als Helfer der Staatlichen Kontrolle einzusetzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Helfer der Staatlichen Kontrolle" in der SBZ (x009/178): >>... Sie werden von den Kreiskontrollbeauftragten angeleitet und in Aktivs zusammengefaßt.

Die Helfer der Staatlichen Kontrolle haben mit den örtlichen Organen der Staatsmacht eng zusammenzuarbeiten. Ihre Aufträge erhalten sie von der ZKK, deren Bevollmächtigten in den Bezirken oder den Kreiskontrollbeauftragten.

Sie sollen insbesondere die Kreiskontrollbeauftragten "über Fehler und Mängel in der Arbeit der staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen und Betriebe, aber auch über Beispiele hervorragender Arbeitsleistungen" unterrichten.

Sie sind ehrenamtlich tätig und sollen in speziellen Lehrgängen "qualifiziert" werden. Aus den Beobachtungen und Berichten der Helfer der Staatlichen Kontrolle gewinnt auch der Staatssicherheitsdienst Erkenntnisse.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontrollen" in der SBZ (x009/226-227): >>Im Parteijargon neben der Anleitung Hauptaufgabe der Führungsorgane, besonders als "Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse".

Die Kontrolle hat eine politische sowie eine ökonomische Funktion und dient der Führung zur Gewährleistung der Übereinstimmung der politisch-ökonomischen Wirklichkeit mit dem von ihr diktierten Plan.

Eine Fülle von Kontrollorganen: Kontrollstellen beim Büro des Präsidiums des Ministerrats, bei der Staatlichen Plankommission, bei den Ministerien, bei den Vereinigten Volkseigenen Betrieben, den Räten der Bezirke und Kreise, aber auch bei der SED selbst ... und bei einigen

Massenorganisationen sowie Betriebskontrollorganen der SED sollen ein dichtes Netz der Kontrolle erstellen.

Auch die Volksvertretungen sind, besonders durch ihre Kommissionen und Aktivs, in die Kontrolle eingeschaltet. Sie haben aber in keinem Fall das in den westlichen Demokratien wesentliche Recht, als selbständige souveräne Kontrollinstanz der Regierung gegenüberzutreten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kommissionen für "Parteikontrollen" in den Betrieben der SBZ (x009/320): >>Die Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben wurden 1959 nach sowjetischem Vorbild gegründet, um die Kontrolle der SED über die Staats- und Wirtschaftsbürokratie systematisch auszubauen.

Sie sollen "sich ausschließlich damit beschäftigen, wie die Durchführung bestimmter Aufgaben des Siebenjahresplanes und der sozialistischen Rekonstruktion gesichert wird" (Ulbricht). Anders als die Beauftragten der Kommissionen für Staatliche Kontrolle sind die Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben Organe der BPO (Betriebsparteiorganisation) und werden von den Bezirks- und Kreisleitungen gelenkt.

Sie sollen in den Betrieben durch eine "Kontrolle von unten" die von den SED-Bezirks- und Kreisleitungen ausgeübte "Kontrolle von oben" ergänzen, dafür sorgen, daß der "Zusammenhang von Ökonomie und Politik" beachtet wird und feststellen, wo es in den Köpfen der Menschen "falsche Ansichten gibt". In Großbetrieben werden Kommissionen für Parteikontrollen nicht nur bei den zentralen Parteileitungen, sondern auch in Abteilungsparteiorganisationen gebildet, auch für einzelne Sachgebiete.

In allen Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben sollen Produktionsarbeiter die Mehrheit bilden, um zu verhindern, daß die leitenden Fachleute in den Kommissionen die Belange und Interessen der Verwaltungs- und Wirtschaftsleitungen durchsetzen.<<

27.10.1958

DDR: Ulbricht behauptet am 27. Oktober 1958 während einer Versammlung (x009/518): >>... Ganz Berlin liege auf dem Territorium der DDR.<<

Oktober 1958

DDR: Im Oktober 1958 werden auf Anweisung des Justizministeriums zahlreiche eingeleitete Strafverfahren und Fahndungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge eingestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rückkehrer" (x009/373): >>... Durch Rundfunk und Presse wurden die Flüchtlinge zur Rückkehr aufgefordert mit dem Versprechen, daß niemand wegen Republikflucht bestraft werde, der durch seine Rückkehr aus der "NATO-Basis in den Staat der Arbeiter und Bauern eine grundlegende Wandlung seines Verhaltens zeige, die erwarten lasse, daß er künftig die sozialistischen Gesetze achten werde".

Gegen Rückkehrer wird seitdem nur noch in besonderen Fällen ein Strafverfahren eingeleitet. Soweit hier nicht schon eine vor der Flucht angeblich begangene Straftat den Vorwand bietet, wird diesen Rückkehrern vorgeworfen, durch die Meldung im westlichen Notaufnahmelager Spionage oder staatsgefährdende Hetze begangen zu haben.<<

10.11.1958

DDR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärt am 10. November 1958 in Leipzig (x009/518): >>... Es wäre an der Zeit, den Viermächte-Status in Berlin aufzuheben.<<

16.11.1958

Berlin: Die Wahl zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Stadtverordnetenversammlung für Ost-Berlin wird am 16. November 1958 durchgeführt.

Mit 99,87 % Ja-Stimmen ergibt diese Wahl das erwartete Ergebnis und die entsprechende Zusammensetzung der Volkskammer. Die Lage der angeblich noch nicht kommunistisch geführ-

ten Parteien wird danach noch ungünstiger (x009/466).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über "Wahlen" in der SBZ (x009/472-473): >>In der SBZ wie in allen totalitären Staaten haben Wahlen nicht den Zweck, die Richtung der Politik zu bestimmen, es sollen vielmehr die schon vorher als "gewählt feststehenden Kandidaten" bestätigt werden, die dem Regime als am besten geeignet erscheinen, die Generallinie der Partei durchzusetzen.

Infolgedessen haben Wahlen lediglich den Charakter von Abstimmungen. Denn bei allen Wahlen, die seit 1949 in der SBZ stattfanden, gab es nur eine Einheitsliste der "Kandidaten der Nationalen Front", so daß die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten ausgeschlossen war und ist. ...

Wahlen sollen nach Art. 51 und 109 der Verfassung in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verfahren stattfinden. Wahlberechtigt ist jeder Einwohner der DDR, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist jeder nach Vollendung des 21. Jahres (Art. 52 der Verfassung).

... Die letzte in der SBZ durchgeführte Wahl vom 16.11.1958 war ebenso wie alle vorhergehenden, einschließlich der Wahlen in den Gemeinden, Kreisen, Ländern und Bezirken, ein ausgesprochener Wahlbetrug. Wahlkabinen und Stimmzettelumschläge fehlten vielfach. ... Eine Ablehnung der Einheitsliste ist technisch unmöglich, da der Stimmzettel keinen Raum dafür enthält. Jedes weitere Risiko schaltet die SED durch Wahlterror aus. Es wurde lange vorher eine "spontane Volksbewegung" für die offene Stimmabgabe inszeniert.

Wer auf geheimer Abstimmung bestand, machte sich dringend verdächtig. Betriebe und Einzelpersonen mußten durch Selbstverpflichtungen ihre 100prozentige und offene Stimmabgabe beschließen. Weiterer Wahlbetrug wurde, falls noch erforderlich, bei der Stimmenauszählung begangen und ist dokumentarisch belegt.

Wahlen in der SBZ kommen unter den gegebenen Voraussetzungen einem Verfassungsbruch gleich; jedes Wahlergebnis ist gefälscht und daher für die Beurteilung der Einstellung der Bevölkerung nicht maßgebend. Was für die allgemeinen Wahlen zu den Volksvertretungen gilt, trifft im übertragenen Sinn auch für die Wahlen zu den Vorständen der Organisationen zu.<<